

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Petra Biel
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl

Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

parteilos

Ratsmitglied Peter Müller

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers

Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek

Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß

Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers

Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Fachbereichsleitung Finanzwirtschaft Jörg Valnion

Fachbereich Finanzwirtschaft Jan Hülsemann

Sonstige

Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH Raymond Kiesbye

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum

Ratsmitglied Angelika Thwin

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde ab Seite 16

A. Öffentlicher TeilTagesordnung:

5.1	Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen	502/2011
6.1.1	Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - "JuLeiCa Qualifikation"	33/2011
6.1.2	Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO	53/2011
6.1.3	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Altenhilfe / Sparkasse Wilhelmshaven	2/2011
6.1.4	Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Werner-Brune-Stiftung	7/2011
6.1.5	Wirtschaftsplan 2011 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH	52/2011
6.1.6	Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2012 für kostenrechnende Einrichtungen	28/2011
6.2.1	Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Augustin	14/2011
6.3.1	Bebauungsplan Nr. 219-Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen-Aufstellungsbeschluss	39/2011
6.3.2	Bebauungsplan Nr. 198-Nordufer Banter See- (mit Örtlicher Bauvorschrift) Aufstellungsbeschluss	45/2011
6.3.3	73. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven-Nordufer Banter See-Aufstellungsbeschluss	49/2011
6.3.4	Bebauungsplan Nr. 174-Antonslust-Aufstellungsbeschluss	40/2011
6.3.5	Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 72. Änderung -Antonslust-Aufstellungsbeschluss	47/2011
6.4.1	Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab Schuljahr 2011/12 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße	29/2011
6.4.2	Einrichtung einer Berufsfachschule Raum- und Farbtechnik an den BBS Friedenstraße ab dem Schuljahr 2011/12	30/2011
6.5.1	Übertragung von Sonderposten - Kernhaushalt an GGS	31/2011
6.5.2	Schaarreihe 4 (ehem. GS Neuende) – erneute Ausschreibung	32/2011
7	Unterausschuss "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"	

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Tjaden beantragte, Tagesordnungspunkt 6.5.2 „Schaarreihe 4 (ehem. GS Neuende) – erneute Ausschreibung“ von der Tagesordnung zu nehmen. Dies begründete er damit, dass die Verwaltung zunächst die Ergebnisse ihrer Vermittlungsbemühungen darlegen solle. Ohne die Resultate zu kennen, sollte der Rat sich mit der Thematik nicht erneut beschäftigen.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, dass in der Dezember-Ratssitzung von Seiten der Verwaltung ausführlich über die Möglichkeiten der Nachnutzung berichtet worden sei. Eine Absetzung, wie von Herrn Tjaden beantragt, sei damit unbegründet.

Herr Tjaden merkte an, die Verwaltung habe jedoch erst auf Anfrage und zudem nicht ausführlich genug berichtet. Seiner Meinung nach seien zu viele Fragen offen, um endgültig zu entscheiden.

Der Antrag auf Streichung des Tagesordnungspunktes 6.5.2 wurde bei 21 Ja-Stimmen (Gruppe BASU/Tholen, SPD-Fraktion, Herren Janssen und Müller) und 22 Nein-Stimmen (CDU-Fraktion, FDP-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Oberbürgermeister Menzel) **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

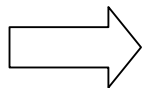
Die Tagesordnung wird in der geänderten Form festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 17.11.2010, 15.12.2010 sowie vom 19.01.2011

Herr Tjaden bezog sich auf die Protokollierung des *Tagesordnungspunktes 4.1 der Ratssitzung vom 19.01.2011*. Diese sei nicht ausführlich genug erfolgt; er bitte daher um Nachbesserung. Dies wurde zugesagt.

Anmerkung zu Protokoll

Der o.a. Tagesordnungspunkt aus der Ratssitzung am 19.01.2011 wurde wie folgt korrigiert:



Herr Tjaden brachte folgenden Antrag der Gruppe BASU/Tholen ein und begründete diesen anschließend:

„1. Der Oberbürgermeister der Stadt Wilhelmshaven wird aufgefordert gemeinsam mit dem Land eine Teilentwidmung der Wilhelmshavener Häfen für hochradioaktiven Atommüll, Brennelemente und andere hochradioaktive Stoffe unverzüglich zu prüfen und vorzunehmen.

2. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, Informationen über aktuelle Transporte mit radioaktiven Stoffen auf dem Wilhelmshavener Stadtgebiet beim Bundesinnenministerium einzuholen und auf Grundlage dieser Informationen einen Sonderschutzplan für Transportunfälle mit hochradioaktiven Stoffen aufzustellen und umzusetzen.“

In Beantwortung einer Nachfrage von **Herrn Hellwig** legte **Herr Tjaden** die Gründe für den vorliegenden Antrag dar: Zum einen solle der Ratsbeschluss aus dem Jahr 1988 näher präzisiert werden, zum anderen erwarte man Auskunft von Seiten der Verwaltung zu diesem Thema.

Nach ihm vorliegenden Auskünften habe der bisherige Ratsbeschluss keinerlei Auswirkungen, da der Rat in einem solchen Verfahren ohnehin kein Mitspracherecht besitze. Auch das Land könne nicht eingreifen, sondern lediglich Stellung nehmen. Der Antrag diene dazu, Möglichkeiten zu finden, die Stadt bei derartigen Transporten auszusparen.

Herr Neumann erklärte, der Ratsbeschluss von 1988 besitze sehr wohl noch Gültigkeit und sei allen relevanten Stellen bekannt. „Atomtransporte“ seien ausdrücklich nicht gewollt und würden im Bedarfsfall verhindert.

Herr Biehl machte darauf aufmerksam, dass die Stadt in einem solchen Fall keine Handhabe besitze, um einen Transport zu verhindern. Seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen, um alle Möglichkeiten zu nutzen, die zum Ziel – Vermeidung von „Atomtransporten“ – führten.

An der weiteren Diskussion über die Umsetzbarkeit eines solchen Beschlusses beteiligten sich neben **Herrn Tjaden** die **Herren Dr. Graul** und **Dr. von Teichman**.

Der Antrag wurde bei Ja-Stimmen der Gruppe BASU/Tholen, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Janssen **mehrheitlich abgelehnt**.“

Die Niederschrift vom 19.01.2011 wurde bereits entsprechend angepasst.

Anschließend erfolgte die Genehmigung der Niederschriften.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschriften der öffentlichen Sitzungen des Rates sowie der Einwohnerfragestunden vom 17.11.2010, 15.12.2010 sowie vom 19.01.2011 werden genehmigt.

4 Aktuelle Stunde

Beratungspunkte für eine „aktuelle Stunde“ lagen nicht vor.

5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat
(Beigeordneter Prof. Reuter)

5.1 Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **502/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen vor. Er erklärte, es handle sich hier um die Benennung eines Vertreters für ihn selbst im Finanzausschuss. Dies sei bei der letzten Umbesetzung unberücksichtigt geblieben. Diesen Sitz solle künftig *Ratsherr Michael Kunze* wahrnehmen.

Dem Antrag wurde **einstimmig zugestimmt**.

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing
und Tourismus (Ratsfrau Glaser)

6.1.1 Annahme einer Zuwendung im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO - "JuLeiCa **33/2011**
Qualifikation"

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme einer Geldspende in Höhe von 1.000,00 € von der Fa. Nietiedt Verwaltungs GmbH, Wilhelmshaven für die Qualifizierung von Jugendleiterinnen/-leitern zur Erlangung der Jugendleitercard (JuLeiCa).

6.1.2 Annahme von Zuwendungen für die Wilhelmshavener Schulen im **53/2011**
Sinne des § 83 Abs. 4 NGO

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der in der Anlage aufgeführten Geld- und Sachspenden mit einem Wert von jeweils über 2.000,- € für die Wilhelmshavener Schulen.

6.1.3 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Altenhilfe / Sparkasse Wilhelmshaven **2/2011**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der Spende von der Sparkasse Wilhelmshaven in Höhe von 4.000,00 € für den Bereich der Altenhilfe der Stadt Wilhelmshaven.

6.1.4 Annahme einer Zuwendung § 83 Abs. 4 NGO - Spende Besuchsdienst Altenhilfe / Werner-Brune-Stiftung **7/2011**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme der Spende von der Werner-Brune-Stiftung Wilhelmshaven/Bad Lauterberg in Höhe von 17.200,00 € für den Bereich des Besuchsdienstes der Stadt Wilhelmshaven.

6.1.5 Wirtschaftsplan 2011 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH **52/2011**

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Herr Hellwig bezeichnete den vorgelegten Wirtschaftsplan als Schritt in die richtige Richtung. Die CDU-Fraktion werde zustimmen, fordere jedoch weitere Anstrengungen bei der Einnahmeverbesserung und der Ausgabenreduzierung sowie konkrete Vorschläge und Lösungsansätze durch die Geschäftsführung zur weiteren Verbesserung des Ergebnisses. Zudem sollte das Augenmerk künftig noch stärker auf die Transparenz der Angaben gelegt werden, um den Ratsmitgliedern eine Bewertung der Inhalte zu vereinfachen. In diesem Zusammenhang erwarte die CDU-Fraktion, dass die Zahlen aller Wirtschaftspläne in einen konsolidierten Jahresabschluss des Konzerns Stadt Eingang finden.

Herr Tjaden hielt den vorgelegten Wirtschaftsplan für nicht zustimmungsfähig: Zum einen sei dieser laut Deckblatt nach wie vor als „Entwurf“ bezeichnet, zum anderen zeigten sich die enthaltenen Zahlen seiner Meinung nach als nicht ausreichend aussagekräftig. So vermisse er die Summen für die geplanten Vorhaben. Dies lasse ihn daran zweifeln, dass konkrete Planungen für bestimmte Maßnahmen überhaupt vorlägen. Aus den genannten Gründen werde er den Wirtschaftsplan ablehnen.

Herr Dr. von Teichman hielt den Aussagen von Herrn Tjaden entgegen, dass es sich nicht mehr um einen Entwurf handle, da der Wirtschaftsplan zwischenzeitlich vom Aufsichtsrat beschlossen worden sei. Die Inhalte des vorgelegten Wirtschaftsplans sei zudem ausführlich vorbereitet und beraten worden. Vielmehr müsse positiv beachtet werden, dass es endlich gelinge, das Defizit abzubauen und zukunftsweisende Beschlüsse zu fassen. Er halte das Zahlenwerk daher für eine gute Grundlage für die weitere Arbeit.

Herr Neumann fügte hinzu, es handle sich solange um einen Entwurf, bis der Rat über den Wirtschaftsplan abschließend beschlossen habe. Auch die SPD-Fraktion werde hier zustimmen.

Oberbürgermeister Menzel ergänzte, dass seitens des Geschäftsführers die Planungen im Rahmen der Haushaltsberatungen ausführlich vorgestellt worden seien. Diese stünden dabei unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität. Die Zustimmung zum Wirtschaftsplan bedeute daher eine Zustimmung zu den geplanten Projekten und damit einhergehend das Voranbringen der WTF.

Herr Tjaden monierte nach wie vor das Fehlen von Hinweisen zu den konkreten Planungen für das kommende Jahr. Er sehe die Gefahr, dass sich ohne weitergehende Ausführungen im Wirtschaftsplan niemand mehr an die zugrunde liegenden Überlegungen erinnern werde.

Herr Prof. Reuter machte darauf aufmerksam, dass in der Begründung der Beschlussvorlage die Informationen im Bereich „Finanzielle Auswirkungen“ ausführlicher hätten dargelegt werden können. Den dort aufgeführten Verweis auf eine weitere Beschlussvorlage ohne weitere Erläuterungen halte er für wenig kundenfreundlich.

Herr Schmidt dankte dem Geschäftsführer der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH, Herrn Kiesbye, abschließend für dessen geleistete Arbeit.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Dem Wirtschaftsplan 2011 der Wilhelmshaven Touristik & Freizeit GmbH mit einem ausgewiesenen Verlust von 3.902.000 € wird zugestimmt.

6.1.6 Zinssatz für die kalk. Verzinsung zum Haushalt 2012 für 28/2011 kostenrechnende Einrichtungen

Frau Glaser trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft, maritime Fragen, Stadtmarketing und Tourismus vom 14.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven setzt den Zinssatz für die kalkulatorischen Zinsen der kostenrechnenden Einrichtungen zum **Haushalt 2012 auf 5,1 %** (bisher 5,4 %) fest.

6.2 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Felbier)

6.2.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Olaf Augustin **14/2011**

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 24.01.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der bisherige Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant, Herr Olaf Augustin wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz erneut mit Wirkung vom 01.03.2011 bis zum 28.02.2017 zum Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Bant im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

6.3 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)**6.3.1 Bebauungsplan Nr. 219 - Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - Aufstellungsbeschluss 39/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 219**, - Heppenser Groden Nord / Zum Ölhafen - gem. Vorlage.

Die Vorlage ist Bestandteil des Protokolls.

6.3.2 Bebauungsplan Nr. 198 - Nordufer Banter See- (mit Örtlicher Bauvorschrift), Aufstellungsbeschluss 45/2011

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.02.2011 vor.

Herr Schmidt bezeichnete die Aufstellung dieses Bebauungsplanes als Schritt in die richtige Richtung. Zwar könne er auch die Kritiker verstehen, die zunächst die Beseitigung der bestehenden Probleme forderten, doch besonders in dieser Angelegenheit halte er es für wichtig, verschiedene Vorhaben aus Zeitgründen parallel anzugehen. So habe die Entwicklung des Gebietes am Banter See eine nicht unerhebliche Bedeutung für die Werbung von Neubürgern, da derzeit das „Wohnen am Wasser“ stark nachgefragt sei. In diesem Zusammenhang dürfe ebenso die Beplanung der Wiesbadenbrücke nicht aus den Augen gelassen werden. Er appelliere, die Probleme anzugehen und das Gelände zu entwickeln, um es für Investoren interessant zu machen.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion. Dort wolle man dem Fortschritt nicht im Wege stehen. Zwar seien die Problemfelder in diesem Bereich unbestritten, doch dürfe man nichts unversucht lassen, um dieses Gebiet zu entwickeln.

Herr Dr. von Teichman erklärte, auch die FDP-Fraktion werde zustimmen, wenn auch nicht uneingeschränkt. Die Probleme bezüglich der Immissionen der angrenzenden Gewerbebetriebe und des Zustandes Banter Sees seien unbestreitbar. Ebenso fehle es an einem Gesamtplan für den Banter See. Dieser sei nach dortiger Meinung absolut notwendig, bevor weitere Schritte vorgenommen würden, auch wenn es zunächst einmal um eine reine Interessenbekundung gehe. Ebenso wichtig sei die Entwicklung der Wiesbadenbrücke, die in einem engen Zusammenhang mit dem Banter See stehe.

Herr Barkowsky betonte die Bedeutung der Belebung des gesamten Umfeldes der Jade-Allee. Dies könne unter anderem mit dem heutigen Aufstellungsbeschluss bewirkt werden.

Herr Tjaden erinnerte an vergleichbare Planungen in der Vergangenheit, die nicht verwirklicht worden seien. Er sehe die neue Beplanung daher eher skeptisch. Zudem lasse das Gelände Altlasten erwarten, die zu massiven Problemen führen könnten. Darüber hinaus fehle ihm eine einheitliche Gesamtplanung für die Stadt

bzw. bestimmte Stadtteile, mit der zum Beispiel bestimmte Nutzungen vorgegeben würden. Auch in Bezug auf die Wiesbadenbrücke wolle er zur Vorsicht mahnen. Hier sehe er die Gefahr, dass durch die Planungen für Wohnbebauung am Banter See mögliche Investoren für die Wiesbadenbrücke abgeschreckt würden. Außerdem halte er es für durchaus möglich, dass die neuen Wohnungen weniger als Erstwohnsitz von Neubürgern, sondern vielmehr als Urlaubsresidenz genutzt würden. Dies sei wiederum wenig hilfreich für die Stadt.

Aufgrund der umliegenden Industrie halte er einen Gewerberiegel für die Wohnbebauung am Banter See für unbedingt erforderlich. Abschließend wolle er betonen, wie wichtig die weitere Entwicklung sowie die Vermarktung dieses Geländes sei.

Herr Kunze wie auch **Herr Harms** baten übereinstimmend, die Mutmaßungen bezüglich der Wiesbadenbrücke zu unterlassen; Gegenstand dieses Tagesordnungspunktes sei der Banter See. **Herr Harms** appellierte, die Angelegenheit trotz bestehender Probleme in Angriff zu nehmen und auf unnötig pessimistische Aussichten zu verzichten.

Herr Biehl erklärte, worin aus seiner Sicht ein Zusammenhang zwischen diesem Gelände und dem an der Wiesbadenbrücke gegeben sei. Wichtig sei, hier keinen unnötigen Druck zu erzeugen und nicht voreilig Entscheidungen hervorrufen zu wollen. Hinsichtlich des Bedarfs an Neubürgern wolle er auf die zahlreichen leer stehenden Wohnungen im Stadtgebiet hinweisen. Dem könne nicht mit immer neuen Neubauvorhaben entgegengewirkt werden.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Hellwig, Neumann und Oberbürgermeister Menzel**.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 198 - NORDUFER BANTER SEE** - (mit Örtlicher Bauvorschrift) - gem. Vorlage.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.3.3 73. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Wilhelmshaven **49/2011**
- Nordufer Banter See - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung der **73. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Nordufer Banter See** - gem. Vorlage.

Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.3.4 Bebauungsplan Nr. 174 – Antonslust - Aufstellungsbeschluss**40/2011**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.02.2011 vor.

Herr Biehl verlieh seinem Unmut gegenüber den Planungen für ein Umspannwerk in unmittelbarer Nähe zur Burg Kniphausen Ausdruck. Ihm stelle sich die Frage, wozu ein weiteres Gewerbegebiet neben dem bei Langwerth und dem JadeWeserPark nötig sei.

Herr Dr. von Teichman bezeichnete das Vorhaben als unnötige Landschaftszerstörung. Seiner Meinung nach gehöre eine solche Ansiedlung in den JadeWeserPark. Ein weiteres Gewerbegebiet, das zudem Industrieansiedlungen erlaube, sei nicht erforderlich. Auch den Standort halte er für unglücklich gewählt.

Herr Hellwig gab zu bedenken, dass die Stadt im Zuge der Inbetriebnahme des JadeWeserPorts gar nicht genug Gewerbeflächen anbieten könne. So sehe er auch keine Gefahr für den JadeWeserPark, ebenso wenig wie für die Burg Kniphausen. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass für das neue Kohlekraftwerk schließlich auch ein Umspannwerk benötigt werde.

Herr Tjaden stimmte den Einwänden von Herrn Biehl zu. Seines Erachtens besitze die Stadt für den JadeWeserPort ausreichend Gewerbeflächen, die zudem bislang nur zu einem Bruchteil vermarktet seien. In Bezug auf das geplante Umspannwerk halte er es für sinnvoller, das bereits vorhandene zu nutzen, zumal sich die dann erforderliche neue Trasse als sehr umwegig erweise. Er warne davor, sich selbst Konkurrenz durch immer neue Gewerbegebiete zu schaffen. Darüber hinaus könne er das Argument der guten Verkehrsanbindung durch die direkte Lage an der Autobahn nicht nachvollziehen, da von dort bis zum neuen Hafen noch eine gute Strecke zurückzulegen sei.

Herr Neumann machte darauf aufmerksam, dass die Stadt nicht nur Neubürger, sondern auch zusätzliches Gewerbe dringend benötige. Er sei optimistisch, dass dieses Gewerbegebiet sich aufgrund der verkehrsgünstigen Lage gut vermarkten lasse. In Bezug auf das Umspannwerk weise er darauf hin, dass bereits parallel zur Autobahn die Hochspannungstrasse vorhanden sei und irgendwo in dieser Trasse nun einmal ein Umspannwerk gebaut werden müsse. Im übrigen halte er die Bedenken bezüglich der Nachbarschaft zur Burg für unbegründet, da es sich um einen Bau von eher geringen Ausmaßen handele. Jedoch sei dies auch gar nicht Gegenstand dieses Beschlusses; es gehe vielmehr um die Ausweisung eines neuen Gewerbegebietes.

Herr Rech verlieh seinem Unverständnis gegenüber der ablehnenden Haltung bezüglich dieses Vorhabens Ausdruck. Die Lage der Stadt am Wasser müsse ausgenutzt werden, wofür der JadeWeserPort die besten Voraussetzungen liefere. Dieser wiederum ziehe Gewerbebetriebe an, denen durch verkehrsgünstige Flächen gute Grundlagen geboten werden müssten. Ein Umspannwerk sei erforderlich für die Mengen an Strom, die durch die Kohlekraftwerke sowie die zahlreichen Windanlagen produziert würden und nunmehr verteilt werden müssten. Dennoch bitte er die verantwortlichen Planer, wenn irgend möglich einen anderen Standort zu finden.

Oberbürgermeister Menzel machte deutlich, dass hier Gewerbeflächen erschlossen werden sollen, die es in der Form noch nicht in der Stadt gebe. Mit der verkehrsgünstigen Lage direkt an der Autobahn könne eine Angebotslücke geschlossen werden. Was die Nähe zur Burg angehe, wolle er darauf aufmerksam machen, dass das Gewerbegebiet auf der anderen Seite der

Autobahn geplant und damit das Bauwerk nicht unmittelbar betroffen sei. Dort befinde sich außerdem bereits eine Hochspannungsleitung, die den Strom der Windanlagen abführe. Hinsichtlich der angesprochenen Konkurrenz zum JadeWeserPark sei festzustellen, dass sich die Stadt in einer Angebotssituation befinde und mögliche Interessenten frei entscheiden könnten, wo sie sich ansiedeln wollten. In diesem Zusammenhang verweise er auf die Präambel im Gesellschaftsvertrag der JadeBay GmbH, wonach die Stadt im Rahmen ihrer Bauleitplanung frei handeln könne. Genau das werde mit der Ausschreibung dieses Gebietes als Gewerbegebiet und der anschließenden Angebotsplanung auch eingehalten.

Herr Weerda erklärte, die Burg sei ohnehin durch Straßen in ihrem ursprünglichen Rahmen begrenzt, so dass aus seiner Sicht auch ein Gewerbegebiet auf der anderen Seite der Autobahn keine Behinderung darstelle. Ebenso lasse sich für ihn eine Konkurrenz zum JadeWeserPark nicht feststellen. Er appelliere, die scheinbar generell herrschende Ablehnung gegenüber neuen Gewerbeflächen aufzugeben.

Herr Tjaden betonte erneut, er halte diese neue Gewerbefläche für überflüssig, da es noch gar keine Interessenten für dieses Gebiet gebe. In diesem Zusammenhang wolle er an das Vorhaben auf der Schleuseninsel erinnern.

Herr Westerman ergänzte, der Bedarf an Arbeitsplätzen und Gewerbe stehe außer Frage, doch sollten zunächst die übrigen ungenutzten Gewerbeflächen ausgelastet werden, bevor neue Gebiete ausgeschrieben würden.

An dem weiteren angeregten Meinungsaustausch über den möglichen Nutzen dieser Planungen beteiligten sich die **Herren Dr. von Teichman, Prof. Reuter, Rech, Radmer und Biehl**.

Nachdem der Geschäftsordnungsantrag von **Frau Biester** auf „*Schluss der Debatte*“ *mehrheitlich angenommen* worden war, wurde die Diskussion beendet.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung des **Bebauungsplans Nr. 174** - Antonslust - gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.3.5 Flächennutzungsplan 1973 der Stadt Wilhelmshaven, 72. Änderung – 47/2011 Antonslust - Aufstellungsbeschluss

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 08.02.2011 vor.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt aufgrund des §2 Abs.1 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585) die Aufstellung der **72. Änderung des Flächennutzungsplanes 1973 der Stadt Wilhelmshaven** - Antonslust - gem. Vorlage. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.4 Schulausschuss (Ratsherr Möhle)**6.4.1 Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab 29/2011 Schuljahr 2011/12 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße**

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.02.2011 vor.

Zwischen **Frau Will, Herrn Möhle, Frau Aljets** und **Herrn Föhlinger** wurde kurz der Sinn dieses jährlich erforderlichen Beschlusses auf Einrichtung weiterer Integrationsklassen erörtert.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Einrichtung von weiteren Integrationsklassen gem. § 23 NSchG ab Schuljahr 2011/12 an der GS Hafenschule und der HS Nogatstraße wird zugestimmt.

6.4.2 Einrichtung einer Berufsfachschule Raum- und Farbtechnik an den 30/2011 BBS Friedenstraße ab dem Schuljahr 2011/12

Herr Möhle trug den Beschlussvorschlag des Schulausschusses vom 03.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Einrichtung einer Berufsfachschule „Raum- und Farbtechnik“ an den BBS Friedenstraße ab dem Schuljahr 2011/12 wird zugestimmt.

6.5 Betriebsausschuss Grundstücke und Gebäude (Beigeordneter Hellwig)**6.5.1 Übertragung von Sonderposten - Kernhaushalt an GGS 31/2011**

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 03.02.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Übertragung von Sonderposten für die Gewerbegebiete Sengwarden (71.954 €) und Heuweg (850.106 €), die inhaltlich mit bereits an GGS übertragenen Grundstücken zusammenhängen, vom Kernhaushalt an GGS zum 1.1.2010 wird zugestimmt.

Zukünftig werden diese Förderbeiträge direkt bei GGS bilanziert.

6.5.2 Schaarreihe 4 (ehem. GS Neuende) – erneute Ausschreibung 32/2011

Herr Hellwig trug den Beschlussvorschlag des Betriebsausschusses Grundstücke und Gebäude vom 03.02.2011 vor.

Herr Tjaden brachte folgenden **Änderungsantrag** für die Gruppe BASU/Tholen ein:

„Der Beschlussvorschlag wird um einen zweiten Absatz ergänzt:

„Bei einer späteren Nutzung des Schulgrundstückes und der Gebäude wird eine Nutzung für Aufgaben aus dem Gesamtkonzern Stadt ebenso ausgeschlossen, wie die Nutzung durch Einrichtungen, die Aufgaben für oder im Auftrage des Gesamtkonzerns Stadt erfüllen.“

Als Begründung führte er an, es solle damit verhindert werden, dass die Stadt bei Eigenbedarf die Schule von Privaten eventuell zurück mieten müsse.

Herr Janssen erinnerte an einen von ihm eingebrachten Antrag, laut dem die Schule erhalten und für soziale Einrichtungen zur Verfügung gestellt werden solle. Diesem Antrag sei zugestimmt worden. Er bitte dazu um Auskunft, wie weit der Beschluss zwischenzeitlich umgesetzt worden sei.

Herr Kottek erinnerte an die dazu bereits erfolgten Ausführungen im Rat und erklärte, die Verwaltung habe trotz intensiver Suche und eingehender Prüfung keine passende Nutzung für das Gebäude finden können. Grundsätzlich verfolge die Verwaltung das Ziel, sich aus Fremdanmietungen zu lösen.

Herr Neumann merkte an, dass auch nach einer Zustimmung zu diesem Beschluss ein weiterer Ratsbeschluss erforderlich sei, sobald sich ein Kaufinteressent gefunden habe. Auch dort müsse sich dann eine entsprechende Mehrheit finden, wolle man nicht erneut einen Interessenten verlieren.

Herr Dr. von Teichman zeigte sich verwundert über den Änderungsantrag. Einen Verkauf halte er für den einzig vernünftigen Weg. Diese Aussage belegte Herr Dr. von Teichman anhand des Ablaufs der bisherigen Beratungen.

Herr Neumann bat darum, die Sitzung vor der Abstimmung zu unterbrechen.

Herr Hellwig signalisierte die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Verkauf. Dieser sei durch den vorbereitenden Fachausschuss mittlerweile dreimal beschlossen worden. Die Angelegenheit sei zwischenzeitlich dringlich geworden, da das Gebäude immer weiter verfallende. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass mit zunehmendem Verfall der Verkaufserlös sinke und das Gebäude der Stadt in der Zwischenzeit immer weiter Kosten verursache. Alternativen zu einem Verkauf gebe es nun einmal bedauerlicherweise nicht.

Oberbürgermeister Menzel drückte ebenfalls sein Erstaunen über das Vorgehen der BASU aus. Außerdem könne er die immer wieder geäußerten Forderungen der Öffentlichkeit nicht nachvollziehen, das Gebäude für die eine oder andere Nutzung bereit zu stellen und dafür auch noch die Finanzierung zu übernehmen. Hier verweise er auf die eingehenden Informationen der Verwaltung im Rat zu den unternommenen Versuchen, eine angemessene Nachnutzung zu finden. Als Zugeständnis an die Befürworter des Erhalts des Gebäudes habe man den Verkauf unter die Voraussetzung gestellt, dass das Gebäude auch nach der Veräußerung erhalten bleibe.

Herr Biehl ergänzte, dass nun nach Prüfung und Ausreizung aller Möglichkeiten scheinbar gar nichts anderes übrig bliebe, als das Gebäude zu verkaufen: Die Bürger wünschten einen Erhalt, hätten jedoch nicht die Möglichkeit, selbst aktiv einzuschreiten; der Rat habe einen Großteil der für eine Sanierung erforderlichen Summe im Haushalt an einen Kunstrasenplatz vergeben. Aufgrund dieser Entwicklung werde auch seine Fraktion dieser Beschlussvorlage zustimmen.

Herr Prof. Reuter fasste das Problem zusammen: Die Stadt habe selbst keinen Bedarf, benötigte für eine Sanierung aber nicht unerhebliche Mittel. Diese wiederum seien nur durch Kredite zu finanzieren. Diese würden jedoch aufgrund der allgemeinen Haushaltslage voraussichtlich nicht genehmigt werden. Somit bedeute eine Ablehnung des Verkaufs, dass die Stadt gezwungen sei, das Gebäude weiter verfallen zu lassen. Dadurch würde als letzter Schritt nur ein Abriss in Frage kommen. Somit stelle der heute vorgelegte Beschlussvorschlag das Optimum der noch zur Verfügung stehenden Möglichkeiten dar.

Herr Tjaden erklärte, seine Fraktion habe zu Beginn der Sitzung durch den Antrag auf Absetzung dieses Tagesordnungspunktes versucht, einen Beschluss zu verhindern, der durch eine Zufallsmehrheit zustande komme und daher auf wackligen Beinen stehe. Dies könne keine Grundlage für einen Verkauf sein. Da er sich jedoch der Ablehnung dieses Antrages bewusst gewesen sei, habe man den Zusatzantrag eingebracht. Seiner Meinung nach sei der beantragte Zusatz für den Verkauf unschädlich. Damit solle lediglich verhindert werden, dass die Stadt plötzlich doch einen Bedarf feststelle und die Schule von einem Käufer zurück mieten müsse.

Vor Abstimmung wurde die Sitzung, dem Antrag von Herrn Neumann folgend, von 18.15 Uhr bis 18.25 Uhr unterbrochen.

Nach Wiedereintritt in die Tagesordnung erfolgte die Abstimmung über den Änderungsantrag der Gruppe BASU/Tholen.

Der **Änderungsantrag** wurde bei Ja-Stimmen der Gruppe BASU/Tholen und der Herren Janssen und Müller **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der erneuten Ausschreibung des ehem. Schulgrundstückes Schaarreihe 4 (ehem. GS Neuende) wird grundsätzlich zugestimmt mit der Maßgabe, dass der Erwerber das Gebäude zu erhalten hat.

7 Unterausschuss "Umstrukturierung/Neuordnung des Gesamtkonzerns Stadt"

7.1 Bericht des Unterausschusses

Herr Neumann berichtete, in der letzten Sitzung des Unterausschusses sei die Einrichtung eines Fahrzeugpools thematisiert worden. Für die nächste Sitzung sei geplant, die städtischen Dienstleistungen zu durchleuchten.

Herr Prof. Reuter skizzierte zunächst die Vorgeschichte der geplanten Umgestaltung des Konzerns Stadt. Die von Seiten der Verwaltung vorbereitete Bildung einer „Anstalt öffentlichen Rechts“ (AöR) mit dem Ziel einer größeren Transparenz, einer größeren Ratsnähe und einer Optimierung wurde jedoch im Rat mehrheitlich abgelehnt. Statt dessen wurde ein Unterausschuss gebildet mit dem Ziel, Alternativen zur AöR zu suchen oder dieses Modell als geeignet zu befinden. Dieses Ziel sei nach wie vor nicht in Sicht; zu keinem Zeitpunkt sei im Unterausschuss über mögliche Alternativen zur AöR beraten worden. Der Unterausschuss habe sich vielmehr in Einzelheiten verzettelt. Die CDU-Fraktion habe dies vorausgesehen und die Bildung des Unterausschusses abgelehnt. Dennoch habe man sich einer Mitarbeit nicht verschlossen. Der Unterausschuss habe bis heute jedoch keine Ergebnisse erzielen können. Diese sollten ursprünglichen bis zu den Klausurberatungen zum Haushalt 2011 vorliegen, doch sehe er das Gremium weit davon entfernt. Es mangle hier an Struktur und an zielgerichtetem Vorgehen. Erschwerend komme hinzu, dass der Unterausschuss nach dem Ausstieg von BASU und FDP nicht mehr beschlussfähig sei. Dem Ziel einer Steuerungsalternative zum derzeitigen Gesellschaftszuschnitt sei man nicht näher gekommen. Ihm dränge sich vielmehr der Eindruck auf, das Thema werde ausgesessen. Alle Absichtserklärungen des Rates nach Transparenz und Verschlinkung seien dabei auf der Strecke geblieben. Die CDU-Fraktion lehne es daher ab, den Unterausschuss als reine Alibifunktion zu benutzen. Vielmehr würden die Mitglieder aus dem Unterausschuss abgezogen und für die nächste Ratssitzung die Auflösung des Unterausschusses beantragt.

Herr Janssen brachte sein Bedauern zu diesem Schritt zum Ausdruck. Aus seiner Sicht sei der Unterausschuss von Seiten des Rates zu wenig genutzt worden, was sich nun als Fehler herausstelle. Das Ziel, den Konzern Stadt transparenter zu gestalten, sei mit einem Ausschuss allein schwer zu schaffen und daher auch nur teilweise gelungen. Er rate zudem davon ab, dieses Thema so kurz vor der Kommunalwahl aufzugreifen. Hier sei vielmehr der neue Rat gefragt, der die Thematik in die Öffentlichkeit bringen müsse.

Herr Dr. von Teichman widersprach der Aussage von Herrn Prof. Reuter, der Unterausschuss habe nichts bewirkt. Er nannte daraufhin verschiedene Beispiele für Themen, die auf Betreiben dieses Ausschusses ins Rollen gebracht worden seien. Den Ausstieg der FDP-Fraktion begründete er damit, dass zum einen eine klare Ziellinie nicht vorhanden sei und zum anderen die Unterstützung für die Prüfung einer Privatisierung des Reinhard-Nieter-Krankenhauses versagt worden sei. Seine Fraktion fühle sich dadurch ausgebremst und habe daher die Mitarbeit im Unterausschuss vorerst ausgesetzt. Sollte die Bildung der AöR beantragt werden, würde die FDP dies mittragen. Dazu wolle er jedoch ausdrücklich betonen, dass auch eine AöR aktive Mitarbeit fordere.

Herr Neumann sah in dem Verhalten der CDU-Fraktion eine Flucht aus der Verantwortung: Ob nun AöR oder Unterausschuss – beides verlange die gleiche Mitarbeit. Bedauerlich sei es zudem für den neuen Rat, wenn dieser auf die Erkenntnisse aus der Arbeit des Unterausschusses verzichten müsse. Auch gebe es nach wie vor ausreichend Fragen zu klären, um dem Unterausschuss weiterhin eine Daseinsberechtigung zu geben. Als Konsequenz daraus werde er erst wieder zu einer Sitzung einladen, wenn die Beschlussfähigkeit wieder hergestellt sei.

Herr Hellwig vermisste konstruktive und verwertbare Ergebnisse des Unterausschusses. Weder sei ein Steuerungsmodell für die städtischen Töchter und Beteiligungen entwickelt, noch Alternativen zur AöR aufgezeigt worden.

Herr Biehl bedauerte, dass viele Ideen, die in den Unterausschuss eingebracht worden seien, an der herrschenden Finanz- und Steuergesetzlage gescheitert seien. Seines Erachtens habe auch die Verwaltung viel aus den Ergebnissen und Beratungen des Unterausschusses lernen können. Dies hätte sich auch bei einer AöR nicht anders dargestellt. Für ihn stelle sich die Diskussion um die AöR als eine Sicherungsdiskussion über die Steuerung der Einflussmöglichkeiten des Rates dar. Das werfe für ihn die Frage auf, wer Mitglied der AöR sein sollte, wer diese Einrichtung anführe und durch wen Beschlüsse gefasst würden. Sollten diese Fragen gelöst werden können, könne sich seine Fraktion eine AöR als Alternative vorstellen.

Herr Stoffers ging auf die Probleme der Verwaltung ein: Das Beteiligungsmanagement könne systembedingt derzeit nicht effektiv arbeiten. Aus diesem Grunde habe der Rat die Verwaltung beauftragt, nach Wegen zu suchen, die Steuerungsmöglichkeiten und damit die Effektivität der Beteiligungsverwaltung zu verbessern. Dies sei in enger Abstimmung mit dem Rat geschehen und als Ergebnis habe die Verwaltung die Konstruktion einer AöR präsentiert. Nachdem mit sich die Verwaltung mit allen Beteiligten abgestimmt und viele Diskussionen auch in der Öffentlichkeit geführt habe, sei dem Rat eine entsprechende Beschlussvorlage präsentiert worden. Über diese Beschlussvorlage habe der Rat letztlich jedoch nicht abgestimmt, da er sich dazu nicht in der Lage sah. Die Aussage, die AöR sei abgelehnt worden, sei somit gar nicht zutreffend. Vielmehr habe der Rat einen Vertagungsbeschluss gefasst, indem der Beschluss unter Hinweis auf weiteren Informationsbedarf ausgesetzt worden sei. Für die Sammlung der geforderten Informationen wurde durch den Rat der Unterausschuss eingerichtet. Dieser wiederum hatte zum Ziel, darzulegen, ob die

Steuerungsmöglichkeit der AöR richtig sei und falls nicht, mögliche Alternativen aufzuzeigen. Die durch den Unterausschuss gewonnenen Erkenntnisse seien zwar an sich richtig, es handele sich jedoch um Einzelerkenntnisse, die nicht zu einer verbesserten Steuerung der Beteiligungen führten.

Das Problem der Verwaltung zeige sich dahin gehend, dass dort ohne eine klare Aussage des Rates, wie es weitergehen soll – AöR oder nicht? – keine weiteren Schritte unternommen werden könnten. Ein Signal vom Rat sei hier dringend benötigt. Einen solchen Stillstand könne sich die Stadt auf lange Sicht nicht leisten.

Herr Langen legte erneut die Gründe für den Ausstieg der CDU-Fraktion dar. Er wolle den Vorwurf, man stehle sich aus der Verantwortung, ausdrücklich zurückweisen. Vielmehr sei keines der Ziele des Unterausschusses umgesetzt, geschweige denn ein Konzept zur Umstrukturierung der Beteiligungen vorgelegt worden. Außerdem stelle sich die Frage, inwieweit aus den bisher erzielten Erkenntnissen Synergieeffekte haben gezogen werden können.

Herr Tjaden merkte an, die von Herrn Dr. von Teichman genannten Beispiele bezeichneten in der Mehrzahl Kleinigkeiten, die nicht direkt aus der Arbeit des Unterausschusses resultierten, sondern bereits von der Verwaltung vorbereitet gewesen seien. Entscheidende Resultate, wie ursprünglich beschlossen, habe der Unterausschuss nicht erzielt. Das Problem stelle nach wie vor die Steuerung der vorhandenen Gesellschaften dar. Die Art und Weise, ob über eine AöR oder eine Alternative, sei dabei zweitrangig; vielmehr komme es auf die handelnden Personen an. Seiner Ansicht nach habe der Unterausschuss sein Ziel, nämlich Alternativen zur AöR aufzuzeigen, nicht annähernd erreicht. Wichtig sei letztlich, eine wirksame Steuerung der Beteiligungen zu erzielen.

Zwischen den **Herren Dr. von Teichman** und **Langen** wurde abschließend kurz die Rolle des Personalrates bei den Beratungen zur AöR diskutiert.

7.2 Beschlussfassung über Ergebnisse und Anträge des Unterausschusses

Beschlüsse wurden nicht gefasst.

B. **Einwohnerfragestunde**

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde (§ 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

Fragen zu Angelegenheiten der Gemeinde lagen nicht vor.

Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung (§ 18 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates)

Herr Feist bat um Beantwortung einiger Fragen zu Tagesordnungspunkt 6.3.4 „Bebauungsplan Nr. 174 – Antonslust, Aufstellungsbeschluss“. Die Notwendigkeit eines Umspannwerkes sei vor dem Hintergrund des Baus eines Großkraftwerkes unbestritten. Jedoch stelle sich die Frage, wieso dies „auf der grünen Wiese“ und nicht direkt an der Jade gebaut werde und warum die Bevölkerung nicht über diese Planungen nicht informiert worden sei. Abschließend bitte er um Auskunft, ob noch weitere technische Bauten im Zusammenhang mit der Ableitung des Stromes ins Binnenland zu erwarten seien.

Herr Kottek erläuterte, es sei nicht Aufgabe des Kraftwerksbetreibers, sich bezüglich des Stromnetzes Gedanken zu machen, sondern der jeweilige Netzbetreiber. Für den Abtransport des Stromes müssten die vorhandenen Leitungen genutzt werden. In diesem Zusammenhang seien verschiedene Möglichkeiten als Standort für das Umspannwerk geprüft worden und dabei einige in die engere Auswahl gekommen. Es stehe somit noch gar nicht fest, dass tatsächlich ein Umspannwerk im neuen Gewerbegebiet entstehe. Da es sich hier aber um ein Gewerbe- und Industriegebiet handeln werde, sei auch der Bau und der Betrieb eines Umspannwerkes zulässig.

Bei der Planung zum neuen Kraftwerk haben darüber hinaus für die einzelnen Zu- und Ableitungen jeweils Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden müssen. Hier habe sich weniger der Standort des Umspannwerkes als Problem erwiesen, sondern vielmehr die Führung der Kabelleitungen. Aus diesem Grunde könnte dennoch die Notwendigkeit entstehen, das Umspannwerk südlich der Autobahn in besagtem Gebiet anzusiedeln.

Im Zusammenhang mit dem Betrieb des Kraftwerkes seien keine weiteren technischen Einrichtungen zu erwarten. Vor dem Hintergrund der zahlreichen Offshore-Windanlagen sei es jedoch vorstellbar, dass nach weiteren Anlandungsmöglichkeiten an der Küste gesucht werde.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 19:15 Uhr

gez.

gez.

gez.

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin